

Morgenausgabe 20 Pf.

Widmung täglich zweimal morgens und abends an Eltern u. Verwandten und dem darauf folgenden Übertrage einmal. Bezug monatlich 6.— M., bei Cassa, abwechselnd 5.50 M., durch die Post abwechselnd monatlich 5.60 M., vierteljährlich 16.50 M.; im abgetrennten Heft monatlich frei Cassa 18.—, abwechselnd 16.50 poln. M.; durch die Post abwechselnd monatlich 16.80, vierteljährlich 50.40 poln. M. Verteilungen an allen größeren Plätzen. Hoffmann-Verlag: Danzig 816 und Stettin 6114.

# Danziger Zeitung



Donnerstag, 24. Juni 1920

Geschäftsstelle: Kettnerhagergasse 3—5

63. Jahrgang Nr. 291

Im abgetrennten Gebiete 60 Pf.

Ergebnis: Die Reichsliste im Gesamtwert 1.50 M. im Reichswert 4.50 M. mit Berücksichtigung der Beiträge 1.— M. außerdem 1.— M. für die Wagnisse 1.— M. für die Wagnisse, Cassa und kleine Beiträge nach dem Kassensystem. Gesamtübertrag 1916, 1916, 1917. Staatsabteilung: Hermann Danzig, Besondere Mitteilung für die Redaktion in Danzig: Hermann Danzig, Besondere Mitteilung für die Redaktion in Danzig: Hermann Danzig, Besondere Mitteilung für die Redaktion in Danzig.

**Diese Ausgabe**  
der  
**Danziger Zeitung**  
enthält die  
**Briefmarken-Rundschau**  
Ausgabe Nr. 2

reifen müßte, wenn es Lloyd-George nicht gelingt, einen gangbaren Mittelweg zu finden.  
Der Londoner Korrespondent von „Politiken“ berichtet, daß Lloyd-George unbeirrt die Anerkennung

## Der Zusammentritt des neuen Reichstags Sozialistische Unterstützung für die auswärtige Politik.

Berlin, 23. Juni.  
Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.  
Der Reichstag wird morgen, um 3 Uhr nachmittags, seine Eröffnungssitzung abhalten, ohne die Vorlesung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Das Kabinett Jehrenbach ist noch nicht gebildet und wird vor Freitag kaum zustande kommen. Aber es scheint wenigstens so zu sein, daß es doch noch zustande kommt.

nung der Sowjet-Regierung weiter betreiben will, trotz aller Drostische Frankfurter, und daß er erst, die englisch-russischen Abmachungen ohne Rücksicht auf die europäische Lage treffen wird.

Die demokratische Fraktion, die ihre Stellung noch wie vor von der der Mehrheitssozialisten abhängig macht, hat heute nachmittag noch keinen definitiven Beschluß gefaßt. Es verlautet aber, daß sie sich mit einer solchen Erklärung der Mehrheitssozialisten begnügen werde.  
Am Donnerstag treten die Fraktionen wieder zusammen. Jehrenbach hofft, sein Kabinett in der zweiten Sitzung des Reichstags vorstellen zu können.

## Die Aufwandsentschädigung

Aus einer großen Anzahl von Zuschriften, die uns aus unserem Leserkreis über die Frage der Aufwandsentschädigung der Danziger Abgeordneten zugesprochen sind, bringen wir die folgende Äußerung eines Danziger Bürgers, der mit seiner Auffassung nicht ganz allein dastehen dürfte:  
Das also war die erste Tat des neu gewählten Volkstages, 900 Mr. Monatsentschädigung und 15 Mr. für jede Kommissionsfraktion für jeden Abgeordneten — macht für 120 Abgeordnete rund 1.500.000 Mr. Wie logie doch Herr Schummer? Das höchste Gehalt, das unser Freistaat zu vergeben hat, ist den Mitgliedern dieser Versammlung zuteil geworden. Die größten Anforderungen werden an den persönlichen Idealismus des einzelnen gestellt, will er seinen Aufgaben nachkommen. Es zeugt allerdings von „höchstem patriotischen Idealismus“, daß die Abgeordneten ihre Arbeiten damit begonnen haben, zunächst einmal für sich selbst zu sorgen, und zwar gleich gründlich. Das ist



ARCHIWUM  
PAŃSTWOWE  
WOLSZTYNIE

Redaktion u. Administration befinden sich in Warschau, Elektoralna Nr. 2.  
Anzeigen und Bestellungen nimmt entgegen:  
Gesellschaft „Reklama Polska“, Danzig, Altstadt, Graben Nr. 96-97.

Wir offerieren:  
**Cognak - Genever**  
80%, in Gebinden,  
hergestellt in unseren Fabriken in Holland.  
Nur größere Posten laufend lieferbar. — Anfragen an:  
**G. Timmermans & Co., G. m. b. H.**  
Köln  
An der Bottmühle 11.  
Telephon-Adresse: Timmermans Bottmühle 11.

Städtisches  
**Forsthaus Jäschke**  
Inh.: Fritz Bielecki  
Gesellschafts- und Restaurant  
Kleiner Parkettball  
mit gutem Flögel für Vereine und  
Vorsichtige Getränke.  
Jeden Donnerstag **Kaffee-Konzert**  
und Sonntag:

Vortrag über **Espen**  
zur Aufklärung über die wachsende  
dieser Weltsprache. — Einmal  
Danzig: Donnerstag, den 24. Juni, 7 Uhr  
Städtisches Gymnasium, Wintergarten  
Langfuhr: Freitag, den 25. Juni,  
Conradinum.

**Diese Ausgabe**  
der  
**Danziger Zeitung**  
enthält die  
**Briefmarken-Rundschau**  
Ausgabe Nr. 2

**Der Verkehr zur Abstimmung**

Durch den polnischen Korridor.  
M. I. B. Berlin, 22. Juni.

Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Äußeren auf Grund von Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission von Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, und die besagt:

1. Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen von je höchstens 52 Achsen während eines Zeitraumes von 12 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern.
2. Um jeden Verstoß der Parteilichkeiten während der Kontrolle der Sonderzüge an der polnisch-deutschen Grenzstation zu vermeiden, bittet die polnische Regierung die interalliierten Kommissionen, ihrerseits Kontrollorgane zu stellen, die gemeinsam mit den entsprechenden polnischen Organen die Kontrolle der Personen vorzunehmen werden, die die Sonderzüge benutzen.
3. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen:
  - a) durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission,
  - b) durch einen Personalausweis mit Photographie. (Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.)
4. Die Durchfahrt der Stimmberechtigten durch das polnische Gebiet wird auf der Strecke Ronitz — Dirschau — Marienburg erfolgen. Nach Ansicht der Eisenbahnsachverständigen genügt diese Strecke völlig für den Transport.
5. Die polnische Regierung nimmt von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung Kenntnis, die Wagen und Maschinen für die Züge auf der Strecke Ronitz — Marienburg zu stellen. Die Züge werden von polnischen Beamten geführt und bedient werden. Das deutsche Zugpersonal muß den Zug in Ronitz verlassen.
6. Während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet werden die Züge mit den Stimmberechtigten von einer gemeinsam aufgestellten alliierten und polnischen Eskorte begleitet werden, oder nur von einer polnischen, falls die interalliierten Abstimmungskommissionen das notwendige Personal nicht stellen können. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen.
7. Die polnische Regierung kann denjenigen Stimmberechtigten der preussischen Abstimmungsgebiete die Durchfahrt durch ihr Gebiet nicht gestatten, die schon vorher in Schleswig von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben.
8. Die deutschen Staatsangehörigen, die im polnischen Gebiet wohnen und sich zur Abstimmung zu begeben wünschen, werden keinen besonderen Vorschriften unterworfen werden und dieselben Rechte genießen, wie die polnischen Staatsbürger, d. h. es genügt ein Paß, der mit einem Visum für das Ausland versehen ist.

Am 22. d. M., 11 Uhr vormittags, wird im Eisenbahnministerium in Warschau eine Konferenz zwischen den Eisenbahnbefehlshabern der Abstimmungsgebiete, den polnischen und den deutschen Vertretern stattfinden, um den Fahrplan der Sonderzüge und alle sonstigen technischen Einzelheiten auf Grund der obigen Richtlinien festzusetzen.

**Differenzen in den Krassnik-Verhandlungen.**

Die „Sonne von Boulogne“.

**Der Zusammentritt des neuen Kabinetts**  
Sozialistische Unterstützung für die neue Regierung.

Berlin, 23. Juni.  
Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.

Der Reichstag wird morgen, um 3 Uhr nachmittags, seine Eröffnungssitzung abhalten, ohne die Vorstellung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Das Kabinettsmitglied Fehrenbach ist noch nicht gebildet und wird vor Freitag kaum zustande kommen. Aber es scheint wenigstens so gut wie sicher, daß es doch noch zustande kommt.

Heute nachmittag haben sämtliche Fraktionen im Reichstagsgebäude beraten. Die Deutsche Volkspartei, die die Forderung nach einer Kombinerung der vier wirtschaftlich zusammenhängenden Ministerien (Wirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Eisenbahnministerium) erhob, hat nach längerer Debatte diese Forderung fallen gelassen, nachdem Reichskanzler Fehrenbach erklärt hat, daß das Festhalten an diesem Verlangen die Kabinettsbildung zum Scheitern bringen würde. Die Partei will sich damit begnügen, daß ihr das Wirtschafts-, Verkehrs- und das Reichsjustizministerium überlassen wird. Aus diesem Beschluß hat Geheimrat Wiefel die Konsequenzen gezogen und die Uebnahme des Wirtschaftsministeriums abgelehnt. Es sind allerdings noch Bemühungen im Gange, Wiefel umzustimmen. Für das Reichsfinanzministerium schlägt die Deutsche Volkspartei den Verwaltungsdirektor v. Raumer vor; das Reichsjustizministerium ist von Dr. Heinze bereits angenommen worden.

Die Mehrheitssozialisten sind angesichts dieses entgegenkommenden Haltung der Deutschen Volkspartei ebenfalls von ihrem starren „Nein“ etwas abgerückt und haben in ihrer heutigen Nachmittagsberatung beschlossen, zwar bei den vorgelegten Beschläüssen zu bleiben, das heißt, für ein Vertrauensvotum nicht zu stimmen, aber sie werden vor der Abstimmung durch ihre Fraktionsredner eine Erklärung des Inhalts abgeben lassen, daß die Fraktion das Kabinettsmitglied Fehrenbach nicht unterstützen werde. Diese Erklärung soll eine Art Rückversicherung für die Verhandlungen in Spaa sein.

**Die Boulogner Entschlüsse.**

Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.  
Berlin, 23. Juni.

Aus Genf wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß in Boulogne, entgegen den bisherigen Behauptungen der französischen Presse, beschlossen wurde, für die gesamte Entschädigung eine Pauschalsumme von 100 Milliarden Goldmark, zahlbar in jährlichen Raten von drei Milliarden, festzusetzen. Bei größeren Jahreszahlungen würde sich die in Aussicht genommene Frist von 33 bis 35 Jahren entsprechend vermindern. Dagegen sei über die Art, wie die deutschen Schuldzinsen als Grundlage für eine internationale Anleihe sofort nutzbar gemacht werden sollen, noch keine bestimmte Entscheidung getroffen, da sich die Vertreter Deutschlands in Spaa selbst dazu äußern wollen. Die deutsche Regierung soll in Spaa zu einer Verhandlung auf gleichem Fuße zugelassen werden. Die Regierungen der Entente werden noch vor Spaa ihre Vertreter in Berlin notifizieren. Eine Kontrolle der Einkünfte wurde als Zwangsmahnahme nur für den Fall in Aussicht genommen, als Deutschland seine Jahreszahlungen in Zukunft nicht leisten sollte. Von der Besetzung neuer Gebiete ist nicht mehr die Rede.

„Messagero“ schreibt: Wir wissen, daß man Italien in Boulogne 7 Prozent der deutschen Entschädigung angeboten habe, während es 20 Prozent erwartet hätte. Das einzige wirkliche Resultat von Boulogne sei die Ablehnung einer neuen Drohnote an Deutschland gewesen. Das Land wartet die Verbündeten, daß es ihnen festen Halt abzubringen. Italien habe seine Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten alle untergeordnet, aber es könne nicht die eigene Existenz opfern. Der „Tempo“ wünscht, daß die Rundreise durch die Bodeorte nunmehr aufhören soll und eine Entscheidung getroffen werde. Entenbauer man solle offen und ehrlich zu dem alten System vor dem Krassnik zurückkehren, wo jeder versuche, sich einzuschränken, ohne den Nachbar allzusehr zu schädigen, oder man entschieße sich, dem eigenen Wohle die Privatinteressen zu opfern. Eine Entente ohne Entente schädige sich selbst, reißt die Wunden täglich neu und verhindert den Wiederaufbau der Welt.

**Die „Sonne von Boulogne“.**

Die „Sonne von Boulogne“.

Die Demokratie vor u. macht, hat Beschluß gef. solchen Erk werde.

Am Donn sammen. Fe Gihung des

Von amli des mitgetel über die Bil Fortgang ge eingetretel werden, daß besten in de wird. Ueber an den Verk stimmung er die bisherige ihren Amie märtigen Am S im o n hat der enbüglig bereits mit des Wirtsch Becher-Heßen nahme eines Steger wa Frage kam, h zu behaltein. gene Abgeord aus persönlich zu wollen. Die demokr zweiten und den Schöstaß nelen Frau I Dernburg, a. Schötschsführe

**Irland**

Die Unru in Irophe zu ihrer Anhänger zu einem blu und den Regie schäfte, Banken geschloffen. A Nähe von Dub er schwer d

**Ein I zu zwei**

Nachrichte n

Der vereinigt Reichsgerichtes „Freiheit“ Han zum Reichstags suchten Landeso bezug auf den Oberst Heß und Festungshaft un Untersuchungsab die am 22. Okt wirkte Beröffm gedächig am 3. I nrichtigen Amt. I plumpe Falschun echt gehalten un Schaden zufügen

**Das Million**

Nachrichte n  
Die Stadtoero mit dem Detail